



»Passive Revolution«: Vor 80 Jahren starb der italienische Kommunist und marxistische Philosoph Antonio Gramsci. Seine Kulturtheorie ist mittlerweile auch bei den Rechten beliebt. Von Sabine Kebir

BKA-Gesetz

Polizeibehörden dürfen Daten verknüpfen, wie es ihnen beliebt. Siehe auch Gastkommentar Seite 8

2

Bildungskreise

Den Verstand auf dem Altar der Fremdenfeindschaft opfern. Über Botho Strauß. Von Otto Köhler

3

Bomben gegen Medien

Türkische Angriffe auf Kurden trafen vor allem Journalisten, Rundfunksender und Zeitungsverlage

7

Bandgeschichte

Fasse dich kurz: »Gimme Danger«, der Dokfilm von Jim Jarmusch über The Stooges

11

USA zündeln in Korea

USA installieren Luftabwehr in Südkorea. Proteste gegen wachsende Kriegsgefahr auf der Halbinsel. **Von Knut Mellenthin**

Die US-Streitkräfte in Südkorea haben am Mittwoch begonnen, ihr Raketenabwehrsystem THAAD im Südosten des Landes zu stationieren. Der Standort liegt etwa 250 Kilometer südlich der Hauptstadt Seoul. Die Einsatzfähigkeit des Systems wird zum Jahresende erwartet.

Die Anlieferung der Bauteile mit schweren Lkw auf einem ehemaligen Golfplatz wurde von Protesten mehrerer hundert Menschen aus umliegenden Dörfern begleitet. Durch das brutale Vorgehen der Polizei gab es zahlreiche Verletzte, von denen mehrere Knochenbrüche erlitten hatten.

Der Beginn der Baumaßnahmen erfolgte früher als zunächst geplant. Die Trump-Administration sieht sich offenbar unter Zeitdruck und will schnell »vollendete Tatsachen« am künftigen Standort schaffen. In Südkorea soll am 9. Mai eine vorgezogene Präsidentenwahl stattfinden. Vorausgegangen war am 9. Dezember 2016 die vom Parlament erzwungene Absetzung der konservativen Präsidentin Park Geun Hye wegen Amtsmissbrauch. Mit ihr hatte Donald Trumps Vorgänger Barack Obama im Juli 2016 die Aufstellung des THAAD-Systems vereinbart. Die Opposition, die bei der Parlamentswahl vom April 2016 die Mehrheit in der Nationalversammlung gewann, lehnt das Projekt ab.

Die größten Erfolgsaussichten bei der bevorstehenden Präsidentenwahl werden dem Vorsitzenden der sozialliberalen Minju-Partei, Moon Jae In, eingeräumt. Er protestierte am Mittwoch gegen den Stationierungsbeginn des THAAD-Systems, durch den »die öffentliche Meinung und die angemessene Vorgehensweise« missachtet wür-



»Hey, USA! Seid ihr Freunde oder Besatzungstruppen?« Demonstranten gingen am Mittwoch in Seongju südlich von Seoul gegen die Errichtung eines sogenannten US-Abwehrsystems auf die Straße

den. Er verlangte, bis zur Einsetzung einer neuen Regierung nach der Wahl alle Arbeiten am geplanten Standort einzustellen. Nur diese könne unter Einbeziehung der Meinung der Bevölkerung und nach erneuten Verhandlungen mit den USA eine Entscheidung treffen.

Seit Bekanntwerden des Projekts haben China und Russland immer wieder ihre »tiefe Besorgnis« über die damit verbundene »Störung des strategischen Gleichgewichts in der Region« geäußert. Insbesondere die Regierung in Beijing fürchtet, dass die mit THAAD verbundenen Radaranlagen weit ins chinesische Territori-

um hineinspähen könnten. In diesem Zusammenhang hat China inoffizielle Strafmaßnahmen gegen südkoreanische Firmen verhängt. Ein Sprecher des Außenministeriums forderte die USA und Südkorea am Mittwoch auf, die Bauteile des Systems wieder abzutransportieren.

Ebenfalls am Mittwoch fand der Stapellauf des ersten vollständig in China entworfenen und gebauten Flugzeugträgers statt. Wie international üblich sind an dem Schiff umfangreiche weitere Arbeiten erforderlich, bevor es eine längere Probezeit auf See absolvieren kann. Mit der Indienstnahme

des Kriegsschiffs, dessen Bau 2013 begonnen wurde, wird erst für 2020 gerechnet.

China besaß bisher nur einen umgebauten und modernisierten Flugzeugträger, der 1988 in der Sowjetunion vom Stapel gelaufen war und 1998 von der Ukraine an Beijing verkauft wurde. Ein dritter chinesischer Flugzeugträger wird möglicherweise bereits gebaut.

Die USA haben zehn solche Kriegsschiffe im Einsatz – mehr als alle anderen Staaten der Welt zusammen. Ein elfter Träger ist in der Probephase, ein zwölfter im Bau.

■ Siehe Seite 8

Türkei: Schlag gegen »geheime Imame«

Ankara. In einer gemeinsamen Operation von Polizei und Geheimdienst wurden am Mittwoch in der Türkei über 1.000 Polizisten festgenommen, die dem Netzwerk des Predigers Fethullah Gülen angehören sollen. »Bislang wurden 1.009 »geheime Imame« in 72 Provinzen inhaftiert. Das ist ein wichtiger Schritt für die Türkische Republik«, erklärte Innenminister Süleyman Soylu. Gegen insgesamt 3.224 mutmaßliche Polizei-Imame der Gülen-Bewegung wurden Haftbefehle ausgestellt. Die Anhänger des seit Ende der 1990er im US-Exil lebenden Gülen hatten seit den 1970er Jahren Polizei und Justiz systematisch unterwandert. Die türkische Regierung macht die bis 2013 mit ihr verbündete Gülen-Bewegung für den gescheiterten Putsch im Juli des vergangenen Jahres verantwortlich. **Nick Brauns**

Alitalia wird meistbietend verkauft



Rom. Nach dem Scheitern eines Sanierungsplans für die defizitäre italienische Fluggesellschaft Alitalia soll das Unternehmen an den Meistbietenden verkauft werden. Das sagte Verkehrsminister der italienischen Zeitung *La Stampa* (Mittwochausgabe). Eine Mehrheit der Angestellten hatte den Sanierungsplan abgelehnt, der Gehaltskürzungen und Stellenstreichungen vorsah. »Am wahrscheinlichsten« sei nun, dass Alitalia unter staatliche Aufsicht gestellt werde, sagte der Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Carlo Calenda, in der TV-Sendung »TG 3«. Diese kommissarische Aufsicht könnte nach sechs Monaten mit einem Verkauf von Teilen oder des Ganzen enden, »oder mit der Abwicklung«. Staatliche Finanzhilfe hatte die Regierung ausgeschlossen. Calenda betonte am Mittwoch, Alitalia habe den Steuerzahler schon 7,4 Milliarden Euro gekostet. Von einer Schließung wären rund 20.000 Beschäftigte betroffen. (AFP/JW)

Absage an Kolonialministerium

Venezuela bereitet Austritt aus Organisation Amerikanischer Staaten vor

Venezuelas Präsident Nicolás Maduro hat grünes Licht für einen Austritt des Landes aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gegeben. Hintergrund war eine von OAS-Generalsekretär Luis Almagro für den gestrigen Mittwoch (Ortszeit) in Washington einberufene Sondersitzung des Ständigen Rates des Staatenbundes. Dabei sollte die Durchführung eines Außenministertreffens »über die Lage in Venezuela« beschlossen werden. Wenn es ohne die Zustimmung der Regierung in Caracas zu einer solchen Konferenz

komme, werde Venezuela das Verfahren zum Verlassen der Organisation einleiten, kündigte Außenministerin Delcy Rodríguez im staatlichen Fernsehen VTV an.

Der OAS gehören mit Ausnahme des 1962 ausgeschlossenen Kuba alle souveränen Staaten des amerikanischen Kontinents an. Almagro hatte in den vergangenen Monaten wiederholt versucht, Venezuela verurteilen zu lassen, dafür aber keine ausreichenden Mehrheiten gefunden. Trotzdem warf Boliviens Präsident Evo Morales der OAS vor, wie ein Kolonialmini-

sterium der USA zu agieren. Es ist deshalb nicht auszuschließen, dass einem Austritt Venezuelas der weiterer links regierter Länder folgen würde.

Eine Alternative gibt es: 2011 wurde in Caracas die Lateinamerikanische und Karibische Staatengemeinschaft (Celac) gegründet. Ihr gehören alle unabhängigen Staaten der Region an, nicht aber die USA und Kanada. Auch sie behandelt die Lage in Venezuela: Auf Antrag der Regierung in Caracas findet am 2. Mai in San Salvador eine Außenministerkonferenz der Celac statt, um über die »Bedrohung der de-

mokratischen Ordnung« in Venezuela und die von der rechten Opposition provozierte Gewalt zu diskutieren.

Nach Angaben von Venezuelas Generalstaatsanwältin Luisa Ortega Díaz starben seit dem 4. April im Zusammenhang mit den Protesten der Opposition 26 Menschen, 437 wurden verletzt. 1.289 Personen seien festgenommen worden, gegen 65 wurde Haftbefehl erlassen. Zu den Inhaftierten gehören auch mehrere Polizisten, die für den Tod von drei oppositionellen Demonstranten verantwortlich sein sollen. **André Scheer**

jW wird herausgegeben von 2.036 Genossinnen und Genossen (Stand 31.3.2017)
 www.jungewelt.de/lpg

